

## Abhandlungen

Alfred Scheidler

### Anspruch anerkannter Umweltverbände und Betroffener auf Verhängung von Dieselfahrverboten . . . . . 173

Etwa zwei Drittel der Messstationen an verkehrsreichen Straßen in Deutschland zeigen immer noch Überschreitungen der Luftqualitäts-grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>), obwohl diese bereits seit 2010 eingehalten sein müssten. Wichtigster Verursacher ist der motorisierte Straßenverkehr, von dem maßgeblich die Dieselfahrzeuge zur NO<sub>2</sub>-Belastung beitragen. Nachdem das BVerwG mit seinen beiden Urteilen vom 27.2.2018 die Zulässigkeit von Dieselfahrverboten grundsätzlich bejaht hat, sehen sich Millionen von Dieselfahrern der Befürchtung ausgesetzt, dass betroffene Anlieger und/oder Umweltverbände Dieselfahrverbote einklagen könnten.

Der Beitrag erläutert zunächst die einschlägigen Rechtsgrundlagen des Europarechts als auch des (nationalen) Immissionschutzrechts. Im Anschluss daran wird untersucht, ob Drittbetroffene oder Umweltverbände einen Anspruch auf behördliches Einschreiten haben, wird zwischen Luftreinhalteplänen mit verkehrsbeschränkenden Maßnahmen und einem Anspruch auf Planaufstellung bzw. -ergänzung differenziert. Außerdem kommt ein Anspruch auf verkehrsbeschränkende Maßnahmen unabhängig von einer Luftreinhalteplanung in Betracht.

Lars Oliver Michaelis/Christof Muthers/Iris Wiesner

### Zeitversetzte Videointerviews in behördlicher Bewerberauswahl datenschutzrechtlich unzulässig? – Teil 1 . . . . . 177

In vielen Unternehmen werden seit Jahren in Bewerbungsverfahren moderne Kommunikationsmittel wie Skype oder sog. Videointerviews eingesetzt. Ihr Einsatz soll dabei für alle Beteiligten zu Vereinfachungen führen, z. B. bei auswärtigen Bewerbern Zeit und Kosten einer Anreise einsparen. Gerade bei größeren Entfernungen wie bei internationalen Bewerbungen hat sich dies als äußerst vorteilhaft erwiesen. Inzwischen greifen auch erste Behörden für Einstellungen in den öffentlichen Dienst auf solche Mittel zurück. Dies wird allerdings von einigen Datenschutzbeauftragten kritisch gesehen. Dieser Beitrag soll insbesondere der Zulässigkeit von zeitversetzten Videointerviews bei Einstellungsverfahren im öffentlichen Dienst nachgehen.

Dazu werden zunächst Ablauf und Konzept eines Videointerviews dargestellt, bevor dann die Kritik der Datenschutzbeauftragten erläutert wird. Im Anschluss wird ein Überblick über die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen gegeben, insbesondere das neue europäische Datenschutzrecht (DSGVO) das neue BDSG sowie das im Mai 2018 in Kraft getretene DSGVO NRW.

Grundsätzlich ist zu fragen, ob die Erhebung von Daten zur Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist oder eine wirksame, insbesondere freiwillige Einwilligung des Bewerbers vorlag. Mit dieser Frage befasst sich der folgende Abschnitt, zunächst mit der Erforderlichkeit der Datenerhebung (Zweck und Geeignetheit).

Manfred Glombik

### 70 Jahre Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz . . . . . 182

Das Sozialstaatsprinzip gehört zu den tragenden und jeder Änderung entzogenen Grundsätzen des Grundgesetzes. Anlässlich des Jubiläums des Grundgesetzes, das am 23.5.1949 in Kraft trat, erläutert dieser Beitrag Inhalt und Bedeutung dieses Verfassungsprinzips.

Tobias Schiffner/Bernd Züll

### Einführung in die Flexibilisierung des Bundeshaushalts durch § 5 Haushaltsgesetz . . . . . 187

Mit dem Begriff der Flexibilisierung in der Öffentlichen Finanzwirtschaft wird die Budgetbildung für einzelne Behörden beschrieben. Sie beschreibt die flexible (d.h. elastische/bewegliche) Bewirtschaftung der Haushaltsmittel.

Die titelgenaue Gliederung des Haushalts wird beibehalten, jedoch werden umfassende Ausnahmen durch die Deckungsfähigkeit (als Ausnahme zur sachlichen Bindung) und durch die Übertragbarkeit (als Ausnahme zur zeitlichen Bindung) zugelassen. Die Elemente der Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit sind die Kennzeichen der Flexibilisierung.

Der Beitrag erläutert die Grundlagen, die Darstellung im Haushaltsplan, den Anwendungsbereich sowie Einzelheiten möglicher Regelungen.

## Fallbearbeitungen

Eva-Maria Kremer/Reiner Tillmanns

### Der umstrittene Kiosk – Fallbearbeitung im Fach Öffentliches Baurecht . . . . . 191

Gegenstand dieser Fallbearbeitung im Fach Öffentliches Baurecht sind die Erfolgsaussichten einer Nachbarklage gegen eine Baugenehmigung einschließlich einer Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB. Zu prüfen sind insbesondere der Gebietsgewährleistungsanspruch des Klägers sowie das Gebot der Rücksichtnahme.

Markus Küßner

### „Bahn frei im Freibad!“ – Eine Fallstudie zur Kapitalwertmethode . . . . . 195

Bei diesem Sachverhalt geht es um eine Wirtschaftlichkeits- und Investitionsrechnung. Die Fallstudie soll zeigen, dass eine Kapitalwertmethode (Barwertmethode, Diskontierungsmethode) als Standardverfahren in der gesamten öffentlichen Verwaltung gut einsetzbar ist und dass das Ergebnis die Grundlage für politische Entscheidungen bilden kann.

## Rechtsprechung

### 70 Jahre Grundgesetz – Zur Meinungsfreiheit (BVerfG, Urteil vom 15.1.1958 – 1 BvR 400/51) . . . . . 202

### Richtervorbehalt bei Durchsuchung der Wohnung eines Dritten (VerfGH Berlin, Beschluss vom 13.11.2013 – VerfGH 24/11) . . . . . 205

### Anforderungen an Statusamt eines Beurteilers (OVG Münster, Beschluss vom 21.3.2017 – 1 B 1361/16) . . . . . 206

### „Anstiftung“ zur falschen Selbstbezeichnung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (OLG Stuttgart, Beschluss vom 07.4.2017 – 1 Ws 42/17) . . . . . 207

Die Schriftleitung